

Wirtschaftschronik

1986

1. April: Der neue Kollektivvertrag der Arbeiter in der Baustoffindustrie sieht eine Erhöhung der Tariflöhne um 5,25% und der Ist-Löhne um 4,1% vor.

4. April: Der Nationalrat beschließt ein neues Bundeshaushaltsgesetz

In der 2. Marktordnungsgesetz-Novelle 1986 werden die Verwertungsbeiträge für Getreide ab der Ernte 1986 angehoben und eine Bodenschutzabgabe auf Handelsdünger eingeführt.

7. April: Das Europäische Währungssystem beschließt die neunte Leitkursanpassung, mit der die DM und der holländische Gulden gegen die übrigen Mitgliedswährungen aufgewertet werden. Das Schilling-DM-Verhältnis bleibt unverändert.

1. Mai: Die Chemiearbeiter erhalten um 4,7% höhere Kollektivvertragslöhne und um 4% höhere Ist-Löhne. Die Wochenarbeitszeit wird mit Wirkung vom 1. Mai 1987 um 2 auf 38 Stunden verkürzt, wobei die Arbeitszeit in einzelnen Wochen zwischen 36 und 40 Stunden schwanken kann. Die Tariflöhne der Holzarbeiter werden um 5%, die Ist-Löhne um 4% angehoben. Die Tariflöhne der Beschäftigten in der Bauindustrie werden um 5%, jene der Beschäftigten im Bauhilfs- und Baunebengewerbe um 4,7% erhöht.

7. Mai: Der Kapitalmarktausschuß beschließt, für Anleihen mit einer mittleren Laufzeit von 8 Jahren eine Senkung der Nominalverzinsung von 7 $\frac{3}{4}$ % auf 7 $\frac{1}{4}$ % zu empfehlen.

27. Mai: Der Nationalrat verabschiedet die Novelle zum Kreditwesengesetz (KWG) 1979; sie wird mit Jahresbeginn 1987 in Kraft treten und zielt auf eine Stärkung der Kapitalbasis der Banken ab. Gleichzeitig wurde die Zinsertragsteuer mit Wirkung ab Juli 1986 sistiert. Sie war Anfang 1984 eingeführt worden und hatte zunächst 7,5% (ab Anfang 1985 nur noch 5%) der Zinserträge aus Bankeinlagen und inländischen Wertpapieren betragen.

1. Juni: Die inländischen Banken senken den Höchstzinssatz für Spareinlagen um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt auf 5 $\frac{3}{4}$ %. Eine weitere Senkung von Kredit- und Einlagenzinssätzen (einschließlich des Eckzinssatzes) um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt ist für den 1. Juli 1986 geplant.

26. Juni: Der Nationalrat beschließt ein Budgetüberschreitungs-gesetz. Es sieht Ausgaben von rund 1 Mrd. S vor, die durch Ausgabenrückstellungen und Rücklagenentnahmen gedeckt werden.